



Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Verwaltungsausschusses

am 11.01.2024 im Sitzungssaal Steinscheuer, Brückenstraße 7 in Weinstadt-Großheppach

Beginn: 18:00 Uhr, Ende: 20:54 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Oberbürgermeister Michael Scharmann

Mitglieder

Herr Roland Ebner

Herr Volker Gaupp

Frau Larissa Hubschneider

Herr Rolf Klöpfer

Herr Julian Künkele

Herr Richard Schnaitmann

Herr Dr. Manfred Siglinger

Herr Ulrich Witzlinger

Herr Armin Zimmerle

Stellvertreter

Frau Doris Groß

Vertretung für Herrn Christof Oesterle

Schriftführer

Frau Julia Schock

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Christof Oesterle

Außerdem anwesend:

Erster Bürgermeister Deißler

Pressevertreterin

Bürgerinnen und Bürger

städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Öffentliche Tagesordnung

1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024
 - 1.1. Vorberatung Personaletat und Stellenplan
 - 1.2. Vorberatung der Teilhaushalte (Teil 1)
2. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes

1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024

1.1. Vorberatung Personaletat und Stellenplan

Herr Beck, Leiter des Haupt- und Personalamts, führt den Personaletat sowie den Stellenplan der Stadt Weinstadt wie folgt ein:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 19. Juni des vergangenen Jahres wurden das bisherige Hauptamt und das bisherige Personal-, Sport- und Bäderamt zu einem gemeinsamen Haupt- und Personalamt zusammengelegt. Die verwandten Themenfelder Personal, Organisation und IT werden nun aus einer Hand gesteuert. Der nun vorliegende Personaletat mit Stellenplan ist folglich der erste, der in der gemeinsamen Verantwortung von Herrn Henzler als Sachgebietsleiter und mir erstellt wurde.

Der Fachkräftemangel in vielen Branchen Deutschlands ist seit einiger Zeit in aller Munde. Aufgrund des demographischen Wandels der Bevölkerung wird die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte in Deutschland in den kommenden Jahren deutlich zurückgehen: während es im Jahr 2022 rund 51,7 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 bis 66 Jahren gab, wird sich diese Zahl bis 2035 auf 46,7 Millionen Menschen reduzieren. Dieser Rückgang an Menschen im erwerbsfähigen Alter um annähernd zehn Prozent wird erhebliche Auswirkungen auf das Rentensystem in Deutschland haben und gleichzeitig die Fachkräfteproblematik in den kommenden Jahren noch ganz dramatisch verschärfen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Aufgaben der Städte und Gemeinden in Deutschland immer weiter anwachsen und gleichzeitig immer komplexer werden: Klimaschutz und Energiekrise oder Flüchtlingsunterbringung und Integration sind nur zwei Aufgabenfelder, die als Beleg dafür angeführt werden können. Ein drittes Aufgabenfeld ist der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich ab dem Schuljahr 2026/2027. Dieser Rechtsanspruch wurde von der Bundesregierung gesetzlich verankert, obwohl es alleine für die Umsetzung des seit vielen Jahren bestehenden Rechtsanspruchs im Kita-Bereich deutschlandweit momentan an rund 100.000 Fachkräften fehlt. Diesen Aufgabenmehrungen stehen bis heute keine nennenswerten Entlastungen beispielsweise durch Digitalisierung oder Bürokratieabbau entgegen – im Gegenteil: das vor Jahren als großer Wurf angekündigte sogenannte Onlinezugangsgesetz muss als weitgehend gescheitert bezeichnet werden und die durch Gesetze begründeten bürokratischen Anforderungen wachsen gefühlt täglich weiter.

Die stetig wachsenden Aufgaben und der sich gleichzeitig dramatisch verschärfende Fachkräftemangel werden zu einer der ganz zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre werden. Es wird schlicht darum gehen, ob und wie wir das gesamte Portfolio an städtischen Dienstleistungen von A wie Abwasserbeseitigung über K wie Kinderbetreuung bis Z wie Zwangsvollstreckung aufrechterhalten können. Wir werden in den kommenden Jahren massiv in die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin investieren müssen, um im Wettbewerb um Köpfe bestehen, um unser jetziges Personal binden und um unseren künftigen Personalbedarf auf dem Arbeitsmarkt decken zu können.

Nun zum Personaletat und zum Stellenplan: Der Personaletat 2024 sprengt erstmals die Schallmauer von 30 Millionen Euro. Wesentlicher Grund dafür ist der Tarifabschluss des TVÖD vom April 2023, der ab März 2024 eine Erhöhung der Tabellenentgelte um einen Sockel-Betrag von 200 Euro und eine anschließende prozentuale Erhöhung um 5,5 Prozent zum Inhalt hat. Dies ist einerseits zu begrüßen, um in Zeiten des Fachkräftemangels den Öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft ansatzweise konkurrenzfähig zu machen und ich möchte an dieser Stelle auch betonen: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind es wert! Qualität und Motivation unserer Mitarbeiter sind schließlich maßgebliche Faktoren für die Qualität unserer Dienstleistungen gegenüber unseren Bürgern. Andererseits sind na-

türlich die erheblichen Auswirkungen des Tarifabschlusses auf den städtischen Haushalt nicht zu bestreiten.

Ein zweiter, weniger wesentlicher Grund für die steigenden Personalaufwendungen sind notwendige zusätzliche Stellen: So musste im vergangenen Jahr – unterjährig – bereits mit zusätzlichen Stellenanteilen in den Bereichen Liegenschaften und Ausländerwesen auf die anhaltend krisenhafte Flüchtlingssituation reagiert werden. Weitere Stellen wurden für die Einrichtung eines zentralen Grundstücks- und Gebäudemanagements bereits beschlossen. Schließlich sollen im zentralen Grundstücks- und Gebäudemanagement alle Aufgaben rund um die Bewirtschaftung und Bebauung der kommunalen Grundstücke und Gebäude gebündelt und damit die Aufgabenwahrnehmung betriebswirtschaftlich effizienter gestaltet werden.

Die Entwicklung der städtischen Finanzen kann selbstverständlich vor dem Personaletat und dem Stellenplan nicht halt machen und tut es auch nicht. So werden wir Ihnen im Rahmen des vorliegenden Stellenplanentwurfs nur ein absolutes Mindestmaß an Stellenmehrungen vorschlagen. Diese Mehrungen belaufen sich in Summe lediglich auf eine halbe Vollzeitstelle. Hinzu kommt die Schaffung einiger weiterer Ausbildungsplätze. Der Großteil der Stellenanforderungen der Ämter und Einrichtungen ist in diesem Jahr unberücksichtigt geblieben.

Die Stadtverwaltung einschließlich ihrer Eigen- und Hilfsbetriebe ist in Weinstadt im interkommunalen Vergleich personell sehr schlank aufgestellt. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat die Mitarbeiterzahlen der 82 Städte zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern im Land verglichen. Die Statistik zeigt, dass im Bereich Verwaltung einschließlich der Eigen- und Hilfsbetriebe die Stadt Weinstadt mit 7,95 Vollzeitkapazitäten pro 1.000 Einwohnern gegenüber dem Landesdurchschnitt von 9,80 Vollzeitkapazitäten pro 1.000 Einwohnern eine deutlich unterdurchschnittliche Stellenzahl aufweist. Die Differenz von 1,85 Vollzeitkapazitäten pro 1.000 Einwohner bedeutet hochgerechnet auf die Einwohnerzahl, dass Weinstadt in diesen Bereichen rund 50 Stellen weniger ausweist als eine gleich große baden-württembergische Durchschnittskommune. Von den 82 in den Vergleich einbezogenen Städten in Baden-Württemberg haben für den Bereich der Verwaltung einschließlich der Eigen- und Hilfsbetriebe nur acht eine niedrigere Personalausstattung pro 1.000 Einwohner als Weinstadt. Die klare Botschaft aus dieser Statistik kann nur lauten: Einsparungen am Personalkörper sind ausschließlich durch Aufgabenkritik möglich, also ausschließlich wenn und falls städtische Aufgaben in Quantität oder Qualität reduziert werden.

Herr Henzler wird Ihnen nun die Daten und Fakten zum Personaletat und zum Stellenplan vorstellen. Vielen Dank.

Herr Henzler, Sachgebietsleiter Personal und Bäder, stellt dem Gremium daraufhin den Personaletat und den Stellenplan für das Jahr 2024 anhand einer Präsentation vor. Er geht detailliert auf die Bereiche Personalaufwand 2024, Gesamtübersicht zu den Veränderungen im Stellenplan 2024, bereits beschlossene Stellen, Anträge der Verwaltung, Reduzierung des Stellenplans und Entwicklung in Weinstadt ein.

Rückfragen aus der Mitte des Verwaltungsausschusses zu den einzelnen Stellenanträgen der Verwaltung werden in der Sitzung direkt von Herrn Beck, Herrn Henzler oder den jeweiligen Amtsleitern beantwortet.

Stadträtin Hubschneider möchte wissen, weshalb die Verwaltung erstmalig die pauschale Kürzung des Etats der Konten um 2,5 % über alle Konten hinweg und die anteilige Hochrechnung der Stellen, die aller Voraussicht nach nur unterjährig besetzt werden können, vorgenommen habe. So könne sie die Zahlen der letzten Jahre nicht mehr mit den jetzigen Zahlen vergleichen, weshalb die Übersichtlichkeit verloren gehe. Herr Beck erwidert, die neue Herangehensweise sei aus haushalterischen Gründen eine Bitte der Finanzverwaltung ge-

wesen. Es handle sich somit um keine personalpolitische Entscheidung. Oberbürgermeister Scharmann verweist auf eine ausführlichere Begründung in der nichtöffentlichen Sitzung.

Stadtrat Dr. Siglinger schließt sich den Ausführungen seiner Fraktionskollegin an und bemerkt, durch die pauschal durchgeführte Kürzung um 2,5% sei dem Gremium ein Jahresvergleich der Personalaufwendungen nicht mehr möglich, dies sei für die Lesbarkeit des Haushalts sicher nicht so gut.

Stadtrat Dr. Siglinger möchte anschließend weiterwissen, wie die Differenzen in den jetzt genannten Personalkosten zu der Darstellung der Personalkosten in der Beratungsunterlage 06/2023 zustande gekommen seien. Seiner Ansicht nach lägen die jetzigen Zahlen deutlich höher. Herr Beck sagt die Beantwortung dieser Frage zu.

Des Weiteren bittet Stadtrat Dr. Siglinger um eine schlüssige Darstellung des Kostenvergleichs der 0,25 bzw. 0,15 VZK bei den Schulsekretariatsstellen. Auch diese Frage werde beantwortet, so Herr Beck.

Stadtrat Dr. Siglinger bezieht sich auf die im Personaletat genannten Einsparungen im Bereich des Baurechtsamts. Es sei löblich, wenn der sogenannte „kw-Vermerk“ auch umgesetzt werde. Angesichts der angespannten Personalsituation im Baurechtsamt frage er sich aber doch, ob diese Umsetzung auch realistisch sei. Herr Beck erwidert, es habe sich hierbei um die „überlappende Besetzung“ einer Stelle gehandelt und nachdem eine Kollegin nun in den Ruhestand eingetreten sei, habe man durch die Umsetzung des „kw-Vermerks“ sozusagen wieder den Originalzustand hergestellt. Die Personalsituation im Baurechtsamt sei jedoch nach wie vor angespannt.

Stadtrat Ebner bezieht sich auf die Bemerkung von Herrn Beck, dass Einsparungen am Personalkörper ausschließlich durch eine gemeinsame Aufgabenkritik möglich seien. Dies finde er sehr spannend und man müsse ernsthaft analysieren, in welchen Bereichen der Verwaltung dies möglich sei. Herr Beck verweist auf die Rechtsnatur der kommunalen Aufgaben, von denen es drei Arten gäbe: Pflichtaufgaben, Weisungsaufgaben und freiwillige Aufgaben. Die Diskussion beziehungsweise Aufgabenkritik könne sich natürlich nur auf freiwillige Aufgaben erstrecken. Eine weitere Aufgabe sei die Festlegung, wer diese Kritik vornehmen müsse: das Personalamt oder die Politik.

Stadtrat Klöpfer hat für sich einen Vergleich von Erträgen und Personalaufwendungen der anderen Kommunen vorgenommen und stellt fest, Weinstadt liege in fast allen Bereichen deutlich darüber. Herr Beck korrigiert und erläutert, ein Vergleich dieser Art sei nicht einfach rechnerisch durchführbar. Man müsse bedenken, welchen Anteil die freien und kirchlichen Träger und die städtischen Träger an der Kinderbetreuung hätten. Diese Transferaufwendungen, die die Stadt bezahle, müsse man mit in die Berechnungen einbeziehen. Diese würden bei den Sachaufwendungen gebucht und seien sehr viel höher.

Stadtrat Gaupp bemerkt, er persönlich verfolge bei der Aufgabenkritik einen anderen Ansatz. Daher frage er sich, ob es für die steigenden Personalaufwendungen von 116.300 EUR keinen Gegenfinanzierungsvorschlag der Verwaltung gebe. Herr Beck rechnet vor, den größten Teil dieser Summe machten die neuen Azubi-Plätze mit 83.500 EUR aus, die Zweitkräfte für die Schülerbetreuung habe es auch seither schon gegeben, diese seien nur im Haushalt nicht veranschlagt gewesen.

Oberbürgermeister Scharmann hält fest, der Prozess der Aufgabenkritik müsse angeschoben werden als eine Art Haushaltskonsolidierung. Er könne sich auch die Einberufung einer Haushaltsstrukturkommission vorstellen.

Stadtrat Dr. Siglinger wirft ein, eine solche Aufgabenkritik sei für alle Beteiligten eine große Arbeitsbelastung, daher dürfe man sich nicht an einzelnen Aufgaben festhalten, man müsse die Gesamtheit betrachten.

Oberbürgermeister Scharmann nimmt den Arbeitsauftrag entgegen und bemerkt, er werde sich zunächst verwaltungsintern beraten und dann ein entsprechendes Format für die Aufgabenkritik festlegen.

1.2. Vorberatung der Teilhaushalte (Teil 1)

Herr Weingärtner, Leiter der Finanzverwaltung, erläutert dem Gremium den Gesamtergebnis- und den Gesamtfinanzhaushalt des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs und verweist in diesem Zusammenhang auf Seite 49.

Danach führt er das Gremium schrittweise durch den Entwurf des Haushaltsplans. Nacheinander ruft er alle Produkte der Teilhaushalte eins bis fünf auf und erläutert kurz die wesentlichen Veränderungen gegenüber den Vorjahren. Rückfragen aus der Mitte des Gremiums werden entweder direkt von Herrn Weingärtner oder vom Leiter des jeweiligen Fachamtes beantwortet.

Teilhaushalt 1:

Produkt 11.10.0000, Steuerung- Obere Gemeindeorgane

Stadtrat Dr. Siglinger fragt sich, weshalb für das Gremium neue iPads angeschafft werden sollen. Herr Beck, Leiter des Haupt- und Personalamts erläutert, die seitherigen Geräte fielen wahrscheinlich demnächst aus der Updatestrategie von Apple heraus, weshalb eine Neuanschaffung angezeigt sei.

Stadtrat Gaupp fragt nach dem Mehrbedarf bei Veranstaltungen des Gemeinderats. Herr Beck erläutert, dieses Jahr handle es sich um ein kommunales Superwahljahr, dies bedeute auch eine Verabschiedung eines Gemeinderats sowie ein konstituierende Sitzung. Dazu komme im Herbst die Wahl des Oberbürgermeisters mit einer repräsentativen Amtseinführung. Man müsse hierbei auch an eine öffentliche Bewerbungsvorstellung mit Technik denken, die Live-Übertragung der Wahlergebnisse mit Technik, die Kosten für die Anmietung von Hallen, das Catering und vieles mehr. Dies alles führe zu nicht unerheblichen Mehrkosten.

Produkt 11.13.0000, Rechnungsprüfung

Stadtrat Dr. Siglinger bezeichnet die Aufwendungen im Bereich Versorgungskasse Beamte als eine Achterbahnfahrt. Herr Henzler, Sachgebietsleiter Personal und Bäder im Haupt- und Personalamt, erklärt, in dem besonderen Fall handle es sich um Abfindungszahlungen an eine Beamtin. Diese Beträge seien auf fünf Jahre aufgeteilt worden. Die Beamtin habe sich in einer höheren Besoldungsgruppe befunden. Herr Ißler, Leiter des Rechnungsprüfungsamts, ergänzt, es habe sich um einen Betrag in Höhe von 420.000 EUR gehandelt, den Weinstadt an den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg habe bezahlen müssen, da die Beamtin den Dienstherrn gewechselt habe.

Produkt 11.14.0000, Gesamtpersonalrat

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 11.20.0000, Zentrale Steuerung-Hauptamt

Auf Nachfrage von Stadträtin Hubschneider erläutert Herr Beck, bei der Mitarbeiter-Awareness-Plattform handle es sich konkret um eine Softwareplattform, auf der die Mitarbei-

terInnen ein Schulungsprogramm hinsichtlich IT-Sicherheit absolvieren könnten.

Stadtrat Witzlinger fragt nach, weshalb die Stadt Weinstadt Mitglied sowohl beim Städtetag als auch beim Gemeindetag sei. In Anbetracht der Kosteneinsparungen frage er sich, ob eine Mitgliedschaft nicht ausreiche. Herr Beck erklärt, bei sogenannten Doppelmitgliedern reduziere sich der Mitgliedsbeitrag. Außerdem seien in dem Gesamtpaket auch noch andere Mitgliedschaften, wie zum Beispiel bei der KGSt Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement enthalten.

Produkt 11.21.0000, Personalwesen

Auf die Frage von Stadtrat Dr. Siglinger erläutert Herr Beck, bei dem Betrag unter 44311000 Bürobedarf handle es sich um ein Einzelprojekt. Die Stadt Weinstadt verfüge bislang über keinerlei Werbematerialien für sich selbst („Stadt als Arbeitsgeber“). Dies solle sich ändern.

Die Frage von Stadträtin Hubschneider nach den höheren Aufwendungen bei 44110000 Sonstige Personal – und Versorgungsaufwendungen begründet Herr Beck mit einer in diesem Jahr wieder anberaumten arbeitsmedizinischer Augenuntersuchung und einer jährlichen Gemeinschaftsveranstaltung für die Belegschaft. Weshalb der Ansatz für das Jahr 2022 jedoch so niedrig gewesen und 2023 dann deutlich gestiegen sei, werde nachgereicht.

Produkt 11.22.0000 Finanzverwaltung

Herr Weingärtner, Leiter der Finanzverwaltung, begründet auf Nachfrage von Stadtrat Zimmerle die Ungleichheit der unter 44316000 aufgelisteten Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten mit den unterschiedlichen Prüfungen der Stadtverwaltung, die in unterschiedlichen Intervallen stattfänden und die entsprechenden Kosten verursachten.

Stadtrat Ebner stellt fest, die Stadt verfüge über keinen eigenen Juristen. Angesichts der Gelder, die die Stadt für Sachverständigen- und Gerichtskosten ausbebe, lohne es sich ja vielleicht, über die Einstellung eines solchen nachzudenken. Oberbürgermeister Scharmann widerspricht. Hierfür sei Weinstadt einfach zu klein. Aufgrund der Bandbreite der rechtlichen Aspekte müsse ein juristischer Dienst viele rechtlichen Bereiche abdecken, dafür würden vier bis fünf Personen benötigt. Stadtrat Witzlinger stimmt zu. Bei hohen Streitwerten würden vor Gericht zugelassene Rechtsanwälte benötigt, ein eigener Jurist würde Weinstadt im Jahr etwa 100.000 EUR plus Altersversorgung kosten.

Teilhaushalt 2

Produkt 11.24.0100 Gebäudemanagement – Allgemein

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 11.24.0201 Gebäudemanagement Grundschulen

Herr Bohn, stellvertretender Leiter des Hochbauamts, beantwortet zwei Fragen von Stadtrat Dr. Siglinger zu der dem Gremium als nichtöffentliche Anlage überlassene Übersicht.

Produkt 11.24.0204 Gebäudemanagement Reinhold-Nägele-Realschule

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 11.24.0206 Gebäudemanagement Remstalgynasium

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 11.24.0217 Gebäudemanagement Vollmarschule (SBBZ)

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 11.24.0227 Gebäudemanagement Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule
Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 11.24.0240 Gebäudemanagement Tageseinrichtungen für Kinder
Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 11.24.8000 Gebäudemanagement – Sonstige Gebäude – Amt 65
Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 11.24.9000 Gebäudemanagement – Sonstige Gebäude – Amt 23
Es werden keine Frage gestellt.

Produkt 11.25.0000 Baubetriebshof
Es werden keine Frage gestellt.

Produkt 11.33.000 Grundstücksmanagement
Herr Heinisch nimmt den Hinweis von Stadtrat Dr. Siglinger auf und sagt zu, die 34610000 Sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelte für das städtische Weinberghäuschen künftig an dieser Stelle im Haushaltsplan abzubilden.

Teilhaushalt 3

Produkt 12.10.0000 Statistik und Wahlen
Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 12.20.0000 Ordnungswesen
Es werden keine Frage gestellt.

Produkt 12.21.0000 Verkehrswesen
Stadtrat Gaupp möchte wissen, weshalb sich unter 42716000 Fremdleistung Geschwindigkeitsmessungen die Erlöse reduzierten. Herr Schmid, Leiter des Ordnungsamts, sagt eine Erklärung in nichtöffentlicher Sitzung zu.

Produkt 12.22.0000 Einwohnerwesen / Passwesen
Auf die Frage von Stadtrat Dr. Siglinger nach der Begründung der höheren Bezugskosten für Pässe und Ausweise unter 44311000 Bürobedarf bestätigt Herr Schmid, die Fallzahlen seien gestiegen und außerdem habe die Bundesdruckerei die Gebühren ebenfalls erhöht.

Produkt 12.23.0000 Standesamt, Personenstandswesen
Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 12.25.0000 Sozialversicherung, Rentenangelegenheiten
Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 12.60.0000 Brandschutz
Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Siglinger erläutert Feuerwehrkommandant Schuh, im Bereich unter 42712000 Öffentlichkeitsarbeit solle einmalig eine Kommunikationsplattform für die Leistungen der Feuerwehr aufgebaut und dann künftig betrieben werden.

Produkt 12.80.0000 Katastrophenschutz
Herr Schuh bestätigt die Annahme von Stadtrat Zimmerle zu 78710000 Hochbaumaßnahmen, es gebe keine weitere Förderung für Sirenen. Er erläutert, die Haushaltsübertragung der 274.000 EUR für die Baumaßnahme Sirenen sei bereits beantragt. Die Sirenen seien bestellt, aber ob dieses Jahr eine Lieferung und Installation erfolgen könne, sei fraglich.

Teilhaushalt 4

Produkt 21.10.0101 Grundschule Beutelsbach

Frau Stubbe, Leiterin des Amts für Familie, Bildung und Soziales, erläutert Stadträtin Groß, insgesamt gingen die Schülerzahlen zurück. Viele Familien kämen mit der Kernzeitbetreuung aus und bräuchten daher keine Flex-Betreuung

Die Frage von Stadtrat Zimmerle nach den variierenden Zahlen im Bereich 424011000 Heizung, Brennstoffe, Heizstrom möchte Frau Stubbe in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

Produkt 21.10.0102 Silcherschule Endersbach

Stadtrat Ebner bittet das Hochbauamt, die Kosten für den Interimsbau detailliert darzustellen. Frau Göhner, Leiterin des Hochbauamts, sagt dies zu.

Produkt 21.10.0103 Friedrich-Schiller-Schule Großheppach

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 21.10.0104 Grundschule Schnait

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 21.10.010 Grundschule Strümpfelbach

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 21.10.0400 Reinhold-Nägele-Realschule

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 21.10.0600 Remstalgymnasium

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 21.10.1000 Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 21.20.0200 Vollmarschule (SBBZ)

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 21.40.0100 Schülerbeförderung

Auf Nachfrage von Stadtrat Gaupp erläutert Frau Stubbe den Zusammenhang der Reduzierung des Eigenanteils der Eltern und der Erhöhung der Beförderungskosten.

Produkt 21.40.0200 Sprachförderung

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 21.50.0100 Schulen Allgemein

Frau Stubbe sagt zu, die Frage von Stadtrat Zimmerle, weshalb sich die Angaben für die 42717000 Sonstige sächliche Zweckaufgaben im Jahr 2024 auf 0 belaufen, nachzureichen.

Produkt 21.50.0600 Mensa im Bildungszentrum

Stadtrat Gaupp fragt nach den Gründen für die Reduzierung der Kosten für 42412000 Reinigung, Wasser Abwasser. Oberbürgermeister Scharmann sagt eine Rückmeldung zu.

Teilhaushalt 5

Produkt 25.20.0000 Kommunale Museen

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 25.21.0000 Archiv

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 26.20.0000 Musikpflege

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 26.30.0000 Musikschule und Kunstschule

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 27.10.0000 Volkshochschule

Herr Beglau, Leiter des Amts für Kultur, Stadtmarketing und Sport, sagt auf Bitte von Stadtrat Dr. Siglinger einen Bericht über die Volkshochschule unteres Remstal in der nächsten Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses im März 2024 zu.

Produkt 27.20.0000 Stadtbücherei

Herr Weingärtner erklärt auf die Frage von Stadtrat Dr. Siglinger hinsichtlich 42413 Beleuchtung, Strom und Heizung, die Kosten würden in Teilhaushalt 2 abgebildet, da es sich um einen Generalmietvertrag handle. Die Kosten seien in Position 48114241 Verrechnungen enthalten. Herr Heinisch ergänzt, die Kosten für Heizung, Strom und Beleuchtung für das Jahr 2024 nach dem erfolgten Umzug der Stadtbücherei würden dem Gremium nachgeliefert. Die Umzugskosten 2024 seien im investiven Bereich bei den Gesamtprojektkosten eingerechnet.

Produkt 28.10.0100 Kulturförderung (ohne Musik)

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 28.10.0200 Eigene Projekte, Kooperationen, Kulturpreise – Kulturverwaltung

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 28.10.0401 Stiftshofkeller

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 28.10.0402 Alte Kelter Strümpfelbach

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 28.10.0403 Kurt-Dobler-Saal

Stadtrat Dr. Siglinger fragt nach der künftigen Nutzung des neuen Raumes in der Stadtbücherei, nachdem der Kurt-Dobler-Saal ja künftig nicht mehr zur Verfügung stehe. Oberbürgermeister Scharmann berichtet, dieser Raum stehe den Vereinen auch weiterhin zur Verfügung. Allerdings müsse eine andere organisatorische Regelung getroffen werden als bislang, denn die Mitarbeiterinnen der Stadtbücherei seien nicht für Ab-, Aufbau und Reinigungsarbeiten zuständig. Die Beantwortung der Frage von Stadtrat Witzlinger hinsichtlich Belegung der Volkshochschule und deren Platzbedarf würden dagegen in nichtöffentlicher Sitzung erläutert.

Produkt 28.10.0404 Kommunales Kino

Es werden keine Fragen gestellt.

Produkt 29.10.0000 Kirchen

Es werden keine Fragen gestellt.

Abschließend weist Herr Weingärtner darauf hin, dass die Haushaltsanträge der Fraktionen bis Donnerstag, 25.01.2024 bei der Verwaltung eingehen sollten.

2. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes

Es sind keine Themen vorhanden.

ZUR BEURKUNDUNG

Weinstadt, den

Vorsitzender

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

Schriftführer